

Schultz, Annett

**Working Paper**

## Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland

WZB Discussion Paper, No. FS III 97-405

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Schultz, Annett (1997) : Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland, WZB Discussion Paper, No. FS III 97-405, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50186>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Veröffentlichungen der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des  
Forschungsschwerpunktes *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse*  
des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 97-405

## Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland

Annett Schultz

April 1997

Abteilung „Sozialstruktur und  
Sozialberichterstattung“  
im Forschungsschwerpunkt III

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)  
• Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin  
Telefon 030-25 491 -0

Das vorliegende Dokument ist die pdf-Version zu einem Discussion Paper des WZB.  
Obwohl es inhaltlich identisch zur Druckversion ist, können unter Umständen  
Verschiebungen/Abweichungen im Bereich des Layouts auftreten (z.B. bei Zeilenumbrüchen,  
Schriftformaten und –größen u.ä.).  
Diese Effekte sind softwarebedingt und entstehen bei der Erzeugung der pdf-Datei.  
Sie sollten daher, um allen Missverständnissen vorzubeugen, aus diesem Dokument in der folgenden  
Weise zitieren:

Schultz, Anett: Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland.  
Discussion Paper FS III 97-405 Berlin : Wissenschaftszentrum, Berlin, 1997.  
URL: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1997/iii97-405.pdf>

## Abstract

Im vorliegenden Beitrag werden erste Ergebnisse der Befragung "Haushalt und Haushalten in Ostdeutschland" präsentiert, die in der Stadt Brandenburg an der Havel im September 1996 durchgeführt wurde. Die Untersuchung ist Bestandteil des DFG-Drittmittelprojektes "Soziale Lage privater Haushalte im gesellschaftlichen Umbruch Ostdeutschlands". Im Mittelpunkt der Befragung stehen die Entwicklung und Ausprägung von Aktivitätsmustern bzw. Haushaltsstrategien der Alltagsbewältigung ostdeutscher Haushalte unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Von besonderem Interesse ist hierbei die Bewältigung von und die Vorsorge für Problemsituationen bzw. -phasen, nicht zuletzt Arbeitslosigkeitsphasen.

Im ersten Teil des Beitrages werden das Untersuchungskonzept, die Stichprobe und die Untersuchungsregion der Befragung kurz charakterisiert. Der zweite Teil geht den Zusammenhängen zwischen sozialstrukturellen Merkmalen, Ressourcenlage der Haushalte und Aktivitätsmustern der Alltagsbewältigung nach.

Mit den Analysen kann ein Zusammenhang zwischen den im Haushalt verfügbaren Ressourcen und den präferierten Aktivitäten nachgewiesen werden. Obgleich Haushalte in eher benachteiligten Lebenslagen, z.B. Arbeitslosenhaushalte, durchaus ein größeres Bestreben zeigen, ihre Situation auch über unterschiedliche Wege zu verbessern, müssen sie in der Regel Einschränkungen in der Lebensführung hinnehmen. Sie müssen sich in ihren Aktivitäten zumeist auf eher passive Anpassungsleistungen beschränken. Haushalte, die in einer günstigeren sozialen Lage sind, können darüber hinaus auch gewinnorientierte Aktivitäten realisieren und somit ihre Ressourcen noch erweitern.

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Ostdeutsche Haushalte zwischen Anpassung und aktiver Gestaltung ...</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Datenbasis und Güte der Stichprobe .....</b>	<b>5</b>
<b>3</b>	<b>Die Stadt Brandenburg als Untersuchungsregion .....</b>	<b>9</b>
<b>4</b>	<b>Der Haushaltskontext als Basis der Alltagsbewältigung.....</b>	<b>13</b>
4.1	Haushaltsressourcen und Haushaltsrestriktionen .....	13.
4.2	Subjektive Bewertung der Haushaltssituation .....	18
<b>5</b>	<b>Der Haushalt als Akteur .....</b>	<b>21</b>
5.1	Der Haushalt als Lebens- und Wirtschaftseinheit.....	21
5.2	Haushaltsaktivitäten und Haushalten .....	23
<b>6</b>	<b>Fazit.....</b>	<b>29</b>

## Literatur

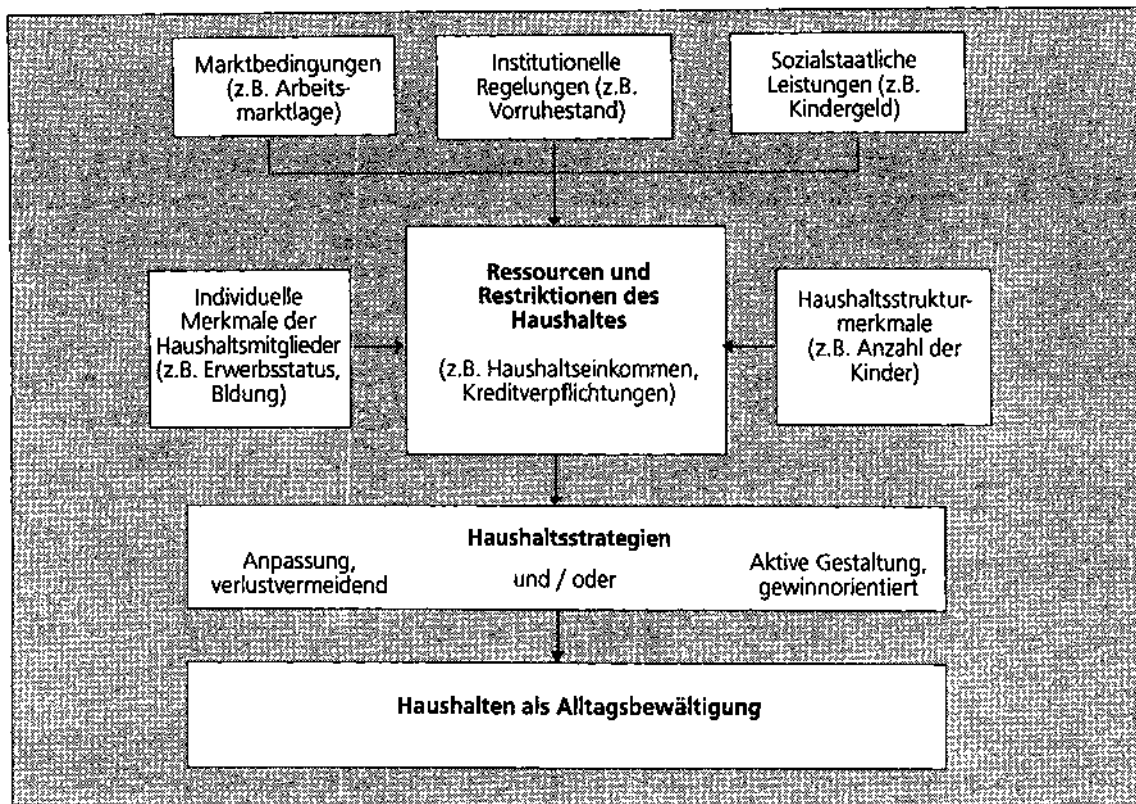
# 1 Ostdeutsche Haushalte zwischen Anpassung und aktiver Gestaltung

Seit der Vereinigung haben sich Entscheidungs- und Handlungsspielräume ostdeutscher Haushalte in vielerlei Hinsicht verändert. Nach den radikalen Veränderungen in den Lebensverhältnissen seit 1990 waren alle Haushalte gefordert, die nun entstandenen neuen Dispositionen der Lebensgestaltung mit ihren haushaltsinternen Ressourcen und Restriktionen auszubalancieren. Aufgrund der Geschwindigkeit des Umbaus der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen konnte man in der ersten Phase der Transformation eher von einem bloßen Reagieren der Haushalte auf Veränderungen sprechen, so z.B. auf die teilweise Auflösung der Doppelerwerbstätigkeit in Paarhaushalten und auf die neuen Konsummöglichkeiten. Gegenwärtig hat sich das Tempo der Veränderungsprozesse normalisiert. Die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen sind für die Haushalte wieder einschätzbar, Chancen und Risiken abwägbar.

Im folgenden werden erste Ergebnisse einer Befragung präsentiert, die im Rahmen des Drittmittelprojektes "Soziale Lage privater Haushalte im gesellschaftlichen Umbruch Ostdeutschlands" in der Stadt Brandenburg an der Havel im September 1996 durchgeführt wurde. Das Projekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Schwerpunktprogramms "Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft" gefördert. Inhaltlich konzentriert sich die Befragung auf die eigenverantwortliche Lebensgestaltung, Haushaltsführung und -planung ostdeutscher Privathaushalte und erfaßt sowohl die haushaltsinternen Ressourcen und Restriktionen der Haushalte als auch relevante Aktivitäten. Die Untersuchung geht der Frage nach, welche Auswirkungen die veränderten Rahmenbedingungen auf die Alltagsbewältigung ostdeutscher privater Haushalte hat. Kommt es zu einer längerfristigen Haushaltsplanung und zur Herausbildung von Haushaltsstrategien? Welche Aktivitätsmuster bzw. Strategien entwickeln die Haushalte aus dem für sie zutreffenden Handlungsrahmen und lassen sich für bestimmte Haushaltsgruppen typische Muster der Alltagsbewältigung erkennen? In diesem Zusammenhang richtet sich die Aufmerksamkeit der vorliegenden Analysen auf die haushaltsinternen Prozesse des Haushaltens, die Entwicklung und Ausprägung von Aktivitätsmustern bzw. Haushaltsstrategien sowie die Bewältigung von, aber auch die Vorsorge für Problemsituationen bzw. -phasen, nicht zuletzt Arbeitslosigkeitsphasen. Im vorliegenden Paper werden zunächst die Stichprobe der Erhebung und die Untersuchungsregion vorgestellt. Danach werden Zusammenhänge zwischen Haushaltsstrukturmerkmalen, sozialstrukturellen Merkmalen der Haushaltsmitglieder sowie daraus resultierenden Ressourcen und Restriktionen der Haushalte und deren subjektive Bewertung skizziert. Abschließend werden ausgehend von der Haushaltssituation und deren subjektiver Bewertung Aktivitätsmuster der Alltagsbewältigung beschrieben.

„Haushalten“ wird hier als „... besonderes Abstimmungs-, Entscheidungs- und Allokationsverfahren“ (Glatzer 1994: 244) der Haushaltsmitglieder verstanden. Haushalten beinhaltet also sowohl das Reflektieren der Haushaltsbedürfnisse, das Abwägen zwischen Haushaltszielen und verfügbaren Ressourcen unter Berücksichtigung der haushaltsinternen Restriktionen als auch das "Haushaltsmanagement", also die Organisation und Durchführung der gewählten Aktivitäten (vgl. Blosser-Reisen 1994: 214ff.). Der Handlungsrahmen des Haushaltens ist aber nicht nur durch die internen Ressourcen und Restriktionen bestimmt, sondern auch durch Marktbedingungen, institu-

Abbildung 1: Ostdeutsche Haushalte zwischen Anpassung und aktiver Gestaltung



tionelle Regelungen und sozialstaatliche Transfers. So sind durch die aktuelle Arbeitsmarktlage, aber auch durch institutionelle Regelungen wie die Vorruhestandsregelung Auswirkungen auf die Haushaltssituation zu erwarten.

Dem Ansatz der Untersuchung liegt, orientiert an sozialpsychologischen Ansätzen zur Bewältigung von Problemsituationen (Coping-Theorie) und Theorien zur Kontrollüberzeugung, die Unterscheidung zwischen gewinnorientierten und verlustvermeidenden Strategien der Lebensgestaltung zugrunde (Huinink et al. 1994; Trommsdorff 1994; Heckhausen 1994; Hormuth/Heller 1996). Gewinnorientierte Strategien liegen vor, wenn die Haushalte bewußt und konstruktiv versuchen, ihre Lebensumwelt durch aktives, vorwiegend extern orientiertes Handeln zu beeinflussen, z.B. vorübergehend bzw. dauerhaft neue Einkommensquellen erschließen. Verlustvermeidende Strategien bezeichnen eine stete passive Anpassung an eine nicht zu ändernde Umwelt, die Orientierung hauptsächlich auf interne Aktivitäten, z.B. durch Einschränkungen in der Lebensführung und intensivere Nutzung vorhandener Haushaltsressourcen. Es wird also in den Haushalten Verhaltensweisen, spezifischen Konstellationen der Alltagsbewältigung nachgegangen, denen in gewissem Sinne strategiebestimmte Entscheidungen über Ressourcenpotentiale und Umweltbedingungen zugrunde liegen, und die in einer entsprechenden Präferenz von gewinnorientierten oder verlustvermeidenden Aktivitäten zum Ausdruck kommen. Erst auf dieser aggregierten Ebene kann man von Strategien der Haushalte sprechen. Das vorliegende Paper verbleibt noch auf der deskriptiven Ebene von Verteilungen ausgewählter Aktivitäten und deren Zusammenhang mit sozialstrukturellen Merkmalen.

# 1 Datenbasis und Güte der Stichprobe

Die Erhebung wurde in der Stadt Brandenburg als face-to-face-Befragung in 405 Haushalten durchgeführt. Zielperson der Befragung (im folgenden Bezugsperson) war jeweils diejenige erwachsene Person im Haushalt, die nach Angaben der Haushaltsmitglieder am besten über die Belange des Gesamthaushaltes und die Haushaltsführung Auskunft geben konnte. Für einige ausgewählte Fragestellungen wurde zusätzlich deren (Ehe-)Partner befragt, soweit es diese Person im Haushalt gab. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Struktur der Stichprobe.

Der standardisierte Fragebogen besteht demzufolge aus zwei Teilen: einem Hauptteil mit allgemeinen Fragen zum Haushalten und zur Haushaltsstruktur, der von 405 Bezugspersonen beantwortet wurde, und einem weiteren Teil zu individuellen Belangen, der sowohl von der Bezugsperson als auch von deren Ehe- bzw. Lebenspartner (303) beantwortet wurde. Die befragte Generation wird im folgenden Primärgeneration genannt, da es sich um diejenige Generation des Haushaltes handelt, die die überwiegende Verantwortung für den Unterhalt des Haushaltes und Haushaltsentscheidungen trägt. Die Grundgesamtheit ist über eine Altersbegrenzung - nur 25-60jährige Bezugspersonen des Haushaltes - eingeeengt, um der Zielsetzung der Verfolgung aktiver Transformationsbewältigung insbesondere der Arbeitsmarktbewältigung gerecht zu werden. Die Stichprobe wurde durch das für die Erhebung zuständige Umfrageinstitut USUMA über ein Random-Route-Verfahren gezogen, d.h. sie ist repräsentativ für alle Brandenburger Haushalte der genannten Altersgruppe. Bei der Stichprobenziehung war das Institut davon ausgegangen, daß die Zielpersonen in etwa proportional zur Bevölkerung in der vorgegebenen Altersgruppe verteilt sind. Es konnte insgesamt eine Ausschöpfung von 61% erreicht werden (vgl. USUMA 1996).

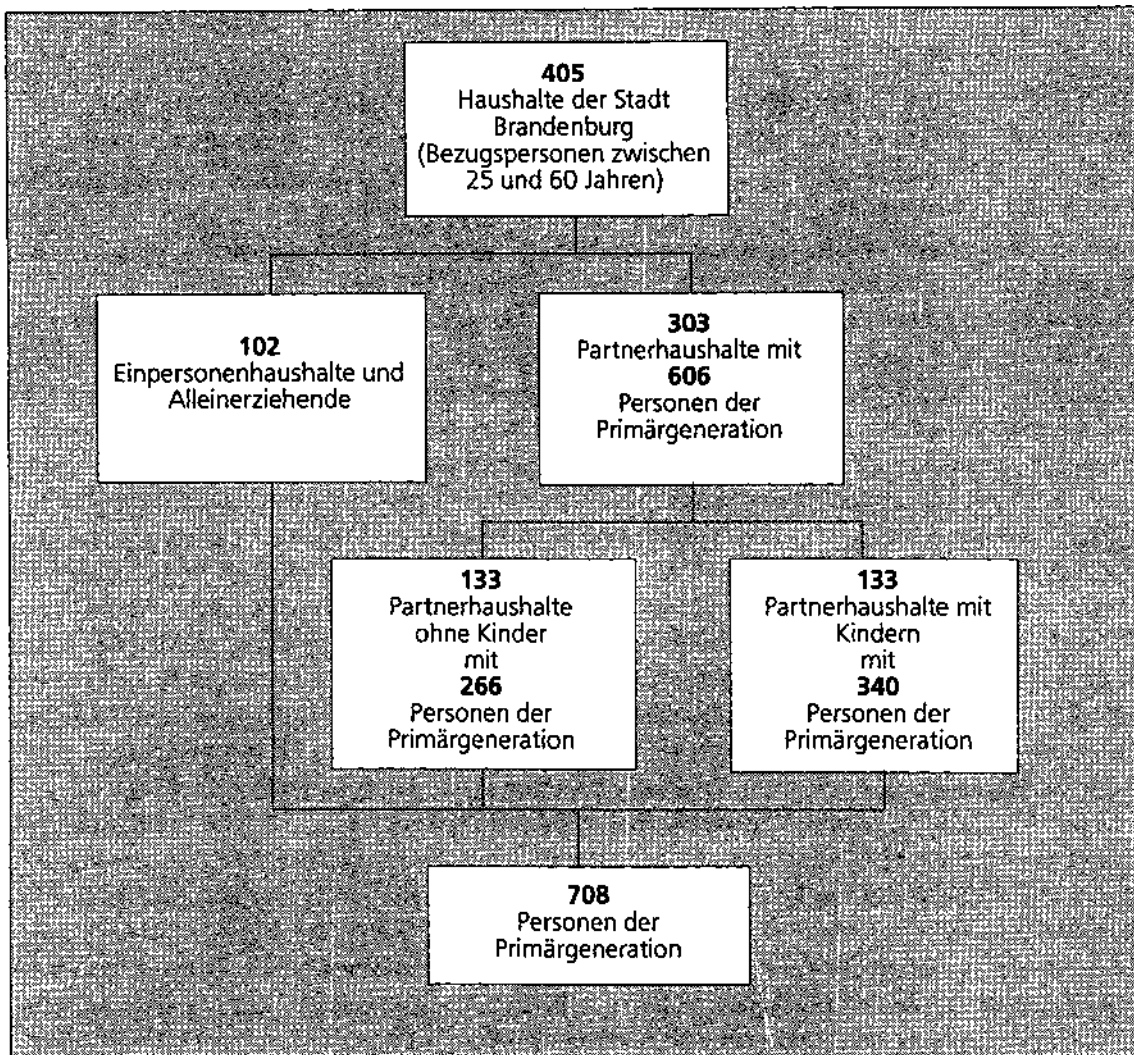
Tabelle 1 gibt einen knappen Überblick über wichtige Randverteilungen der Haushaltsstichprobe (im folgenden als HHB96 für "Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996" bezeichnet) und vergleichbare Daten der amtlichen Statistik. Die Daten der amtlichen Statistik betreffen alle Haushalte Brandenburgs bzw. Ostdeutschlands. Die spezielle Altersbegrenzung konnte aus Datenschutzgründen nicht berücksichtigt werden, da aufgrund von Fallzahlproblemen für den Mikrozensus Angaben nach Altersgruppen für Brandenburg nicht mehr ausgewiesen werden. Die Stichprobe läßt einige Verschiebungen erkennen, die sich plausibel auf die Begrenzung der einbezogenen Altersgruppen zurückführen lassen:

- Es wurden weniger Einpersonenhaushalte befragt.
- Dafür nahmen mehr Haushalte, in denen verheiratete Partner leben, an der Befragung teil.
- Ebenfalls erklärbar ist der geringe Anteil Verwitweter, da diese in den entsprechenden Altersgruppen kaum anzutreffen sind.

Nicht durch die speziellen Altersgruppen erklärbar hingegen sind zwei andere, eher unwesentliche Verschiebungen. So ist der Anteil der Haushalte ohne Kinder etwas zu hoch und damit - dies ist aus der Tabelle nicht ersichtlich - auch der Anteil der Haushalte mit Bezugspersonen über 50 Jahre. Die genannten Verschiebungen ergeben sich aufgrund der besseren Erreichbarkeit von Nicht-erwerbstätigen-Haushalten (Vorruehständler) bzw. Arbeitslosenhaushalten, deren Anteil in der betreffenden Altersgruppe besonders hoch ist. Im Hinblick auf die Intention der Befragung, die Untersuchung von aktiver Alltags- insbesondere Arbeitsmarktbewältigung in der Transformation,



Abbildung 2: Die Befragung Haushalt und Haushalten in Ostdeutschland 1996



ist eine solche Verschiebung aber zu akzeptieren. Auf eine Gewichtung der Daten wurde daher verzichtet. Die Randverteilungen zeigen zudem, daß bezüglich der Verteilungen der Haushaltsstrukturen Brandenburg nicht grundsätzlich von ostdeutschen Strukturen insgesamt abweicht.

Im folgenden soll kurz auf die Einkommensverteilung in der Stichprobe näher eingegangen werden. Bekanntlich haben direkte Einkommensabfragen nicht selten einen relativ hohen Anteil an Verweigerungen. Auch in der vorliegenden Stichprobe liegt der Anteil derer, die bei der direkten (nominalen) Abfrage der Haushaltseinkommen nicht geantwortet haben, bei 39%. Durch eine anschließende Abfrage über Einkommenskategorien antworteten weitere 33% der Befragten. Ein Vergleich der Einkommensverteilung nach diesen unterschiedlichen Befragungsarten zeigt, daß

Tabelle 1: Struktur der Stichprobe

	Brandenburg HHB96	Brandenburg Mikrozensus 1995 alle Haushalte	Ostdeutschland Mikrozensus 1994 alle Haushalte
in Prozent			
Haushaltsgröße			
1 Person	18	28	30
2 Personen	37	36	33
3 Personen	24	18	19
4 und mehr Personen	22	15	18
Haushaltsstruktur			
ohne Kinder	63	59	59
mit 1 Kind	19	21	22
mit 2 und mehr Kindern	19	20	19
Haushalte nach Familienstand			
ledig	14	16	14
verheiratet, zusammenlebend	63	54	57
verwitwet	8	16	16
geschieden, verheiratet getrennt lebend	15	14	12
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,6	2,4	2,3
Durchschnittliche Zahl der Kinder	1,7	1,6	1,6
Haushalte, die Wohngeld erhalten	14	-13	
Haushalte, die Sozialhilfe erhalten	4	=2	

Quelle: HHB96, Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, Mikrozensus

Haushalte mit Einkommen, die etwas über dem Durchschnitt liegen, eher dazu neigen, keine direkten Angaben zu ihren Einkommen zu machen. So verschiebt sich die am stärksten besetzte Einkommensgruppe der Haushaltseinkommen von 2000 bis 3000 DM bei den Nominalangaben um eine Gruppe nach oben auf 3000 bis 4000 DM. Die zwei Gruppen vereinigen aber in beiden Verteilungen die größten Anteile der Haushalte. Insgesamt sind die Verzerrungen gleichwohl überraschend gering. Die Verteilung der direkten Einkommensangaben (61%) weicht nicht grundsätzlich von der Gesamtverteilung ab, so daß weitergehende Einkommensanalysen auf Basis dieser Nominalangaben erfolgen können.



### 3 Die Stadt Brandenburg als Untersuchungsregion

Bei der Wahl der Untersuchungsregion wurde berücksichtigt, daß es für Ostdeutsche eher die Ausnahme ist, in einer Großstadt zu wohnen. Drei von vier Einwohnern Ostdeutschlands leben in einer Gemeinde mit weniger als 100 000 Einwohnern (vgl. Abbildung 3). In der Mehrzahl handelt es sich hierbei um Dörfer und Kleinstädte unter 20 000 Einwohnern. Orte dieser Gemeindegrößen erwiesen sich für die Ziehung einer Stichprobe, die Durchführung einer quantitativen Regionalstudie wie sie die vorliegende Befragung darstellt, indes als ungeeignet.

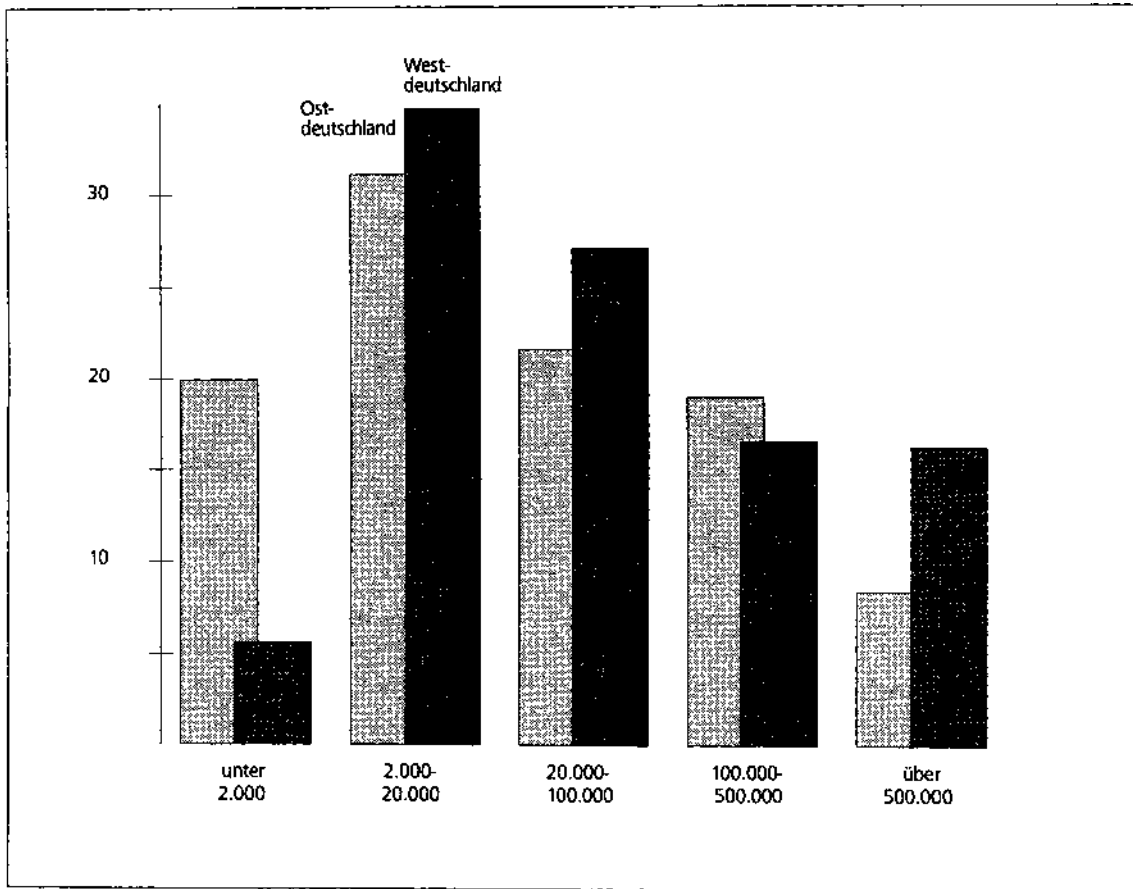
Aber auch Kleinstädte mit einer Einwohnerzahl von 20 000 bis 50 000 entsprachen nicht den gewünschten Intentionen der Untersuchung. Der niedrige Anteil kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie die starke Zentralisierung der Industriebetriebe hat gerade in Ortschaften dieser Größe in Ostdeutschland dazu geführt, daß oft nur ein größerer Betrieb die gesamte Beschäftigungsstruktur bestimmte und abhängig von der Branche und Region sehr unterschiedliche Struktureinbrüche zu verzeichnen sind. Daher wurde Brandenburg als Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt gewählt, die einerseits keine großstädtischen Lebensverhältnisse repräsentiert und andererseits nicht zu stark durch eine wirtschaftliche Monostruktur geprägt ist.

Brandenburg an der Havel mit heute über 80 000 Bewohnern ist als Industrie- und Arbeiterstadt mit eher durchmischter Wirtschaftsstruktur zu charakterisieren. Die Wirtschaftsstruktur der Stadt war bis zur Wende, wie in Ostdeutschland insgesamt, durch eine starke Dominanz des industriellen Sektors insbesondere der Schwerindustrie geprägt. Brandenburg war neben Potsdam die wichtigste Industriestadt des Bezirks Potsdam. Aufgrund der historisch langen industriellen Prägung ist die Sozialstruktur der Stadt gekennzeichnet durch ein "stark traditionelles Arbeitermilieu, aber auch durch Handwerker- und Verwaltungsschichten" (Schweigel/Segert/Zierke 1992: 186). Vor 1990 war das Stahl- und Walzwerk Brandenburg mit etwa 10 000 Beschäftigten größter Arbeitgeber der Stadt. Daneben waren weitere Betriebe der Metallindustrie präsent. Als weitere bis 1989 bedeutende Industriezweige sind die Textilindustrie, so eine große Kammgarnspinnerei, und die Lebensmittelindustrie zu nennen. 1989 arbeitete etwa die Hälfte aller Erwerbstätigen Brandenburgs, etwas mehr als 20 000, im produzierenden Gewerbe.

Die Transformationsprozesse in Ostdeutschland brachten in den letzten Jahren auch in Brandenburg größere Umstrukturierungen in allen Lebensbereichen mit sich, in erster Linie wirtschaftliche Probleme und damit Einbrüche in den Beschäftigungszahlen. Der Anteil der Erwerbstätigen insgesamt ist, wie überall in Ostdeutschland, enorm zurückgegangen: bis 1995 um mehr als 10 000 Erwerbstätige. Insbesondere die Umstrukturierung in der veralteten Stahlindustrie führte zu großen Entlassungswellen. Der Großteil des Stahl- und Walzwerks wurde geschlossen. Erhalten blieb nur das Elektrostahlwerk, der einzige zeitgemäße, noch Anfang der 80er Jahre modernisierte Teil des Stahl- und Walzwerks mit 750 Arbeitskräften. Der Niedergang des größten Betriebes der Stadt hatte Auswirkungen auf viele Zulieferbetriebe und Nebengewerbe der Region. Aber auch die Betriebe der anderen ansässigen Branchen gerieten in die Krise, hatten und haben mit großen Umstellungsproblemen zu kämpfen. Die Arbeitslosenquote liegt seit 1993 über 16% (vgl. Statistischer Bericht 1996).

Gleichzeitig boten sich aber, wenn auch nur begrenzt, Optionen sowohl im Hinblick auf die Entwicklung mittelständischer Unternehmen als auch auf dem Arbeitsmarkt. In Brandenburg arbeitet daher heute trotz des Beschäftigungseinbruchs weiterhin ein beträchtlicher Anteil der Erwerbstätigen im industriellen Bereich. 1995 waren dies 35% aller Erwerbstätigen, im Vergleich

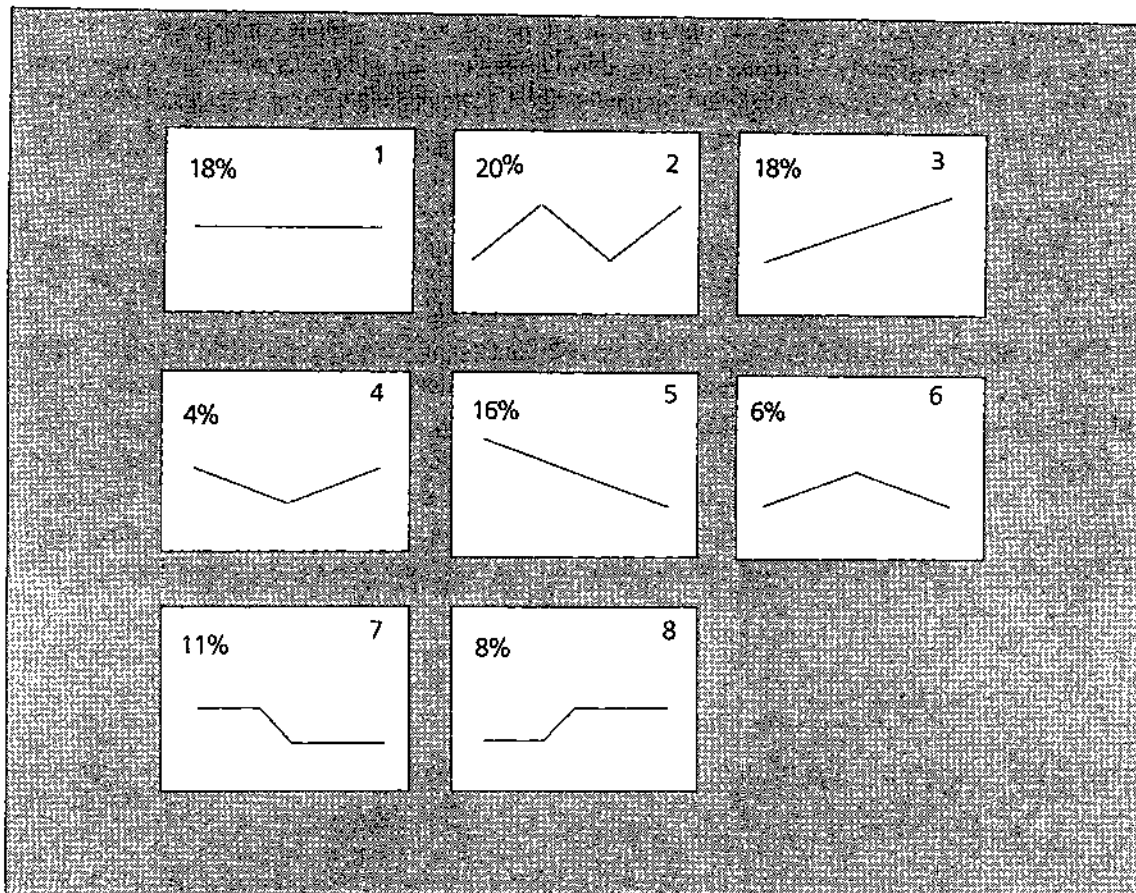
Abbildung 3: Bevölkerung nach Gemeindegrößen in Deutschland (in Prozent)



Quelle: Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

zu etwas mehr als 50% im Jahre 1989. Es ist zum Teil gelungen, neue moderne Wirtschaftsunternehmen anzusiedeln. So errichtete die Heidelberger Druck AG einen Betrieb, der neue Arbeitsplätze schuf. Das Elektrostahlwerk wurde durch den italienischen Riva-Konzern übernommen. Auch mittelständische Unternehmen der Metallherstellung und -Verarbeitung konnten sich neu etablieren. Innerhalb des Industriesektors konnten sich ferner drei größere und einige mittelständische Unternehmen der Baubranche stabilisieren und neue Märkte erschließen (vgl. Schwarzer/Schweigel 1995). Die Stadt zählt auch heute zu den vorrangig zu erhaltenden und zu entwickelnden "industriellen Schwerpunktstandorten" des Landes Brandenburg. Die Nähe Brandenburgs zu Berlin und die gute Verkehrsanbindung bieten im Zusammenhang mit der Hauptstadtförderung und der wirtschaftlichen Förderung der Region Berlin - Brandenburg als Wirtschaftsraum günstige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Darüber hinaus setzt die städtische Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung auf die über 1000jährige Stadtgeschichte und die landschaftlich schöne Umgebung mit ihrem großen Wasserreichtum, die als Natur- und Kulturlandschaft für den Fremdenverkehr erschlossen werden soll.

Abbildung 4: Subjektive Einschätzung der Entwicklung seit 1990 (Einschätzung der Bezugsperson)



Aus der Kenntnis dieser Hintergrundinformationen schätzten Schwarz und Schweigel noch 1994 die Entwicklungschancen der Stadt positiv ein: "Betrachtet man die Zukunftschancen der Region Brandenburg anhand ihrer 'objektiven' Rahmen- und Entwicklungsbedingungen, so entsteht im Vergleich mit vielen anderen ostdeutschen Regionen ein überwiegend positives Gesamtbild" (Schwarz/Schweigel 1995: 284). Allerdings zeigte sich, daß diese Prognose zu optimistisch ist. Die über Jahre hinweg sehr hohe Arbeitslosenrate konnte nicht gesenkt werden; man kann vielmehr von einer Verfestigung der Arbeitslosenstrukturen sprechen. Frauen sind, wie überall in Ostdeutschland, besonders häufig betroffen. 1996 stieg die Arbeitslosenquote sogar auf 20% an und das, obwohl die Stadt weiterhin ständig junge Einwohner verliert, die für sich keine Zukunftschancen in der Stadt sehen (vgl. Statistischer Bericht 1996). Uneffektiv eingesetzte Fördermittel und nur zögerlich umgesetzte Strukturkonzepte haben im Vergleich zu ähnlichen Städten nicht zu vergleichbaren Erfolgen geführt. Die neu angesiedelten Unternehmen haben nur einen geringen Anteil der weggebrochenen Arbeitsplätze ausgleichen können. Die Stadterneuerung, insbesondere der historischen Innenstadt, und damit die Belebung des Fremdenverkehrs

lassen noch auf sich warten. Brandenburg heute wird sogar als "extremes Notstandsgebiet" (vgl. Weis 1996) charakterisiert. Daher sind die Zukunftserwartungen sowohl der Regierenden in Brandenburg als auch der Einwohner eher gedämpft, um nicht zu sagen pessimistisch.

Dieses Stimmungsbild findet sich auch in den Daten der Befragung. In der Erhebung wurde danach gefragt, wie die Entwicklung der Lebens Verhältnisse des eigenen Haushaltes seit 1990 durch die Bezugspersonen des Haushaltes bewertet wird. Den Befragten wurden für diese Bewertung die in Abbildung 4 gezeigten Verlaufsbilder vorgelegt.

Die Verteilung der Antworten weist darauf hin, daß in Brandenburg ein sehr großer Teil der Haushalte der betrachteten Altersgruppe direkt von den Veränderungsprozessen betroffen war und deren Effekte durchaus unterschiedlich reflektiert. Bei einem näheren Blick lassen sich vier etwa gleich große Gruppen erkennen: 28% der Haushalte ziehen letztlich eine positive Bilanz (Bild 3 und 6), 27% werten die Entwicklung für den eigenen Haushalt eindeutig negativ (Bild 5 und 7), 28% kommen zu einer relativ gleichbleibenden Einschätzung, zum Teil mit zwischenzeitlichen Tiefs, und eine Gruppe von 20% der Haushalte bewertet die Entwicklung des eigenen Haushaltes eher ambivalent, als Folge von Höhen und Tiefen. Diese Gruppen unterschiedlicher Entwicklungsbilanzen der Transformationsjahre sollen während der folgenden deskriptiven Analysen als Argumentationsfolie dienen, um den behandelten punktuellen, vorwiegend auf den Erhebungszeitpunkt bezogenen Sachverhalten eine subjektive und zusätzlich eine Zeitperspektive zu geben.

## 4 Der Haushaltskontext als Basis der Alltagsbewältigung

### 4.1 Haushaltsressourcen und Haushaltsrestriktionen

Von entscheidendem Einfluß auf die Haushaltsführung, das Haushaltsmanagement der verschiedenen Haushalte sind die unterschiedlichen Ressourcen, über die im Haushaltskontext verfügt werden kann. Aber auch aus diesem Kontext resultierende Restriktionen können die zukünftigen Aktivitäten der Haushaltsmitglieder eingrenzen. Ressourcen sollen hier verstanden werden als für den Haushalt verfügbare Leistungen und Güter. Diese werden einerseits durch Merkmale der Haushaltszusammensetzung konstituiert und andererseits durch individuelle Merkmale, also ökonomische und sozialstrukturelle Merkmale der Haushaltsmitglieder, insbesondere der Primärgeneration. Im Haushaltszusammenhang können sich diese Merkmale bzw. frühere Haushaltsergebnisse positiv oder negativ auf die Haushaltssituation auswirken. Sie bestimmen damit aktuell und zukünftig die Handlungsmöglichkeiten, die Entscheidungen sowie letztlich das Handeln aller Haushaltsmitglieder.

Diesem Zusammenhang zwischen Ressourcen, Restriktionen und konstituierenden Haushaltsstrukturmerkmalen sowie sozialstrukturellen Merkmalen der Haushaltsmitglieder soll im folgenden nachgegangen werden. Die aktuelle materielle und monetäre Seite dieses Zusammenhangs steht dabei im Vordergrund. Näher betrachtet werden das aktuelle Pro-Kopf-Einkommen, die monatlichen Sparbeträge als Ausdruck von Vermögensbildung bzw. der Möglichkeit der Haushalte zur Vermögensbildung und die Verfügung über Wohneigentum.

Das Haushaltseinkommen wurde mittels der Bedarfsgewichte der Sozialhilfeskala äquivalenzgewichtet, um den spezifischen Bedarf von Haushalten unterschiedlicher Größe (Mehrpersonenhaushalte sparen durch gemeinsames Wirtschaften) und unterschiedlicher Zusammensetzung (Kinder haben einen niedrigeren Bedarf als Erwachsene) zu berücksichtigen. Als momentane Restriktion für die Haushalte sollen die Kreditverpflichtungen und die monatliche Miet- bzw. Wohnkostenbelastungen, die als Anteil am Haushaltseinkommen ausgewiesen werden, gelten (vgl. Tabelle 2).

Wenden wir uns zuerst den Merkmalen der Haushaltszusammensetzung zu. Ohne Frage haben die Haushaltsform und die Anzahl der Kinder, die im Haushalt leben, aufgrund der ökonomischen Kosten ihrer Versorgung, Betreuung und Erziehung Einfluß auf die Haushaltssituation. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Haushaltsgruppen sind allerdings wenig ausgeprägt. Am ungünstigsten hinsichtlich der Haushaltseinkommen stellt sich erwartungsgemäß die Situation für die Brandenburger Alleinerziehenden und für Haushalte mit zwei und mehr Kindern dar. Ihr Sparverhalten ist aber offensichtlich nicht eingeschränkt. Unter den kinderreichen Partnerhaushalten besitzen immerhin 20% Wohneigentum, und ihre Wohnkostenbelastung ist durchschnittlich. Alleinerziehende hingegen haben nur sehr selten Wohneigentum und eine hohe Mietkostenbelastung, was im Zusammenhang mit der eher niedrigen Sparquote auf eine sehr eingeschränkte



Tabelle 2: Ressourcen und Restriktionen der Haushalte

	Pro-Kopf- Ein- kommen <sup>1</sup>	monat- licher Sparbeträ- g	Wohn- eigentum	Kreditverpflichtung		Miet-/ kosten- belastung <sup>2</sup>
				monatlich Haushalte		
				0/DM	0/DM	
Insgesamt	1470	280	18	180	34	22
Haushaltsstruktur						
Einpersonenhaushalt	1610	90	12	90	20	31
Alleinerziehende	(1260)	(330)	(4)	(70)	(22)	(27)
Partnerhaushalte ohne Kinder	1580	310	24	150	27	22
Haushalte mit Kindern, insg.	1300	350	18	260	48	20
mit 1 Kind	1340	380	16	250	48	20
mit 2 und mehr Kindern	1240	320	20	270	47	20
Erwerbsbeteiligung der Primärgeneration						
beide erwerbstätig	1650	470	19	280	47	18
mindestens 1 Partner erwerbstätig	1510	320	21	170	35	22
beide arbeitslos	1130	160	20	160	32	23
alleinlebend, -erziehend/ arbeitslos	1310	30	15	33	9	30
alleinlebend, -erziehend/ erwerbstätig	(1810)	180	7	180	42	24
Bildung der Primärgeneration						
ohne bzw. Hauptschul- abschluß	1390	130	18	90	18	26
mindestens 1 Partner Real- schulabschluß	1450	250	18	210	41	21
mindestens 1 Partner Abitur	1670	540	16	240	40	21

1 Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet mit Bedarfsgewichten der Sozialhilfeskala.

2 Anteil am Haushaltsnettoeinkommen.

( ) Fallzahl unter 30.

Datenbasis: HHB96

Lebensführung hindeutet. Diese relative Schlechterstellung der Alleinerziehenden-Haushalte konnten wir bereits für Ostdeutschland insgesamt mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels nachweisen (vgl. Berger/Schultz 1996, Berger/Schultz 1997). Bezüglich der Einkommen können Einpersonenhaushalte über ein überdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen verfügen. Aber auch hier weisen das überaus geringe monatliche Sparvermögen und ein unterdurchschnittlicher Anteil von Wohneigentum unter den Alleinstehenden auf eher geringe Rücklagen und materielle Sicherheiten dieser Haushalte hin. Einen nicht unwesentlichen Anteil an dieser Situation hat sicherlich die

vergleichsweise höchste Miet- bzw. Wohnkostenbelastung der Einpersonenhaushalte. Partnerhaushalte ohne Kinder hingegen liegen bei allen Ressourcen über, bei den Restriktionen unter dem Durchschnitt. Auch die Haushaltssituation der Partnerhaushalte mit nur einem Kind ist trotz der niedrigen Wohneigentumsrate positiv zu werten.

Es soll daher im weiteren geprüft werden, ob Unterschiede über die individuellen Merkmale der Primärgeneration nachzuweisen sind. Untersuchungen zur sozialen Lage in Ostdeutschland haben die hervorgehobene Stellung der Erwerbstätigkeit und deren Aufrechterhaltung im Zeitverlauf in mehrfacher Hinsicht nachgewiesen (vgl. Berger/Schultz 1994; Holst/Schupp 1994; Lutz/Nickel/ Schmidt/Sorge 1996). Für die Primärgeneration der Haushalte waren Veränderungen im Erwerbsleben, besonders die Erfahrung mit Arbeitslosigkeitsphasen, herausragende und das weitere Leben prägende Ereignisse in den Jahren der Transformation. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Erwerbskonstellationen der (Ehe-)Partner. Die vormalig fast ausschließliche und bis heute anhaltend hohe Vollerwerbstätigkeit von Männern und Frauen in den neuen Bundesländern auch während der Familienphase ist bekannt. So war 1994 das vollzeiterwerbstätige Paar mit Kindern noch immer die häufigste Lebensform Ostdeutschlands der Bevölkerung unter 65 Jahren (vgl. Schulze-Buschhoff 1996: 197). Eine wichtige Bedingung für die Aufrechterhaltung dieser hohen Frauenerwerbsquote ist das weiterhin existente und intensiv genutzte Netz der Kinderbetreuungseinrichtungen. Das Erbe der hohen Erwerbsbeteiligung strukturierte in der Vergangenheit und strukturiert auch heute primär den Lebensverlauf und die Lebenslage ostdeutscher Haushalte. Als konstituierende Komponente der Ressourcen der Haushalte wird deshalb die aktuelle Erwerbsbeteiligung beider Partner der Primärgeneration in die Analyse einbezogen. Neben dieser Einflußgröße besteht ein enger Zusammenhang zwischen Erwerbsbeteiligung, Bildungsniveau und erreichtem bzw. zu erreichendem sozialen Status des einzelnen sowie mittelbar des Haushaltes in der Gesellschaft. Das Humankapital des Haushaltes ist deshalb über den Bildungsabschluß der Primärgeneration operationalisiert.

Die individuellen Merkmale der Primärgeneration zeigen zum Teil eine deutlichere Differenzierung als die Haushaltsstrukturmerkmale; dabei differiert insbesondere, wie erwartet, die Erwerbsbeteiligung. Reine Arbeitslosenhaushalte verfügen über die geringsten Haushaltsressourcen. Für Alleinstehende oder Alleinerziehende steigt mit der Arbeitslosigkeit die Mietkostenbelastung auf 30% an; fast 10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der betrachteten Brandenburger Haushalte. Mit der Erwerbsbeteiligung und einem höheren Bildungsniveau steigen die Haushaltseinkommen und das monatliche Sparvermögen erheblich über den Durchschnitt. Da Wohneigentum in der Regel bereits längere Zeit, zum Teil bereits vor der Vereinigung, vorhanden war, ist keine negativ differenzierende Wirkung durch den aktuellen Erwerbsstatus zu erkennen. Der vergleichsweise hohe Anteil an Wohneigentum bei den heute arbeitslosen Partnerhaushalten könnte sogar für einen relativen Ausgleich der prekären Beschäftigungslage sorgen, da keine Mietzahlungen das engere Haushaltsbudget belasten.

Die oft vertretene Auffassung wachsender Überschuldung der Haushalte in Ostdeutschland kann mit den vorliegenden Daten für Brandenburg nicht bestätigt werden. Vielmehr scheint eine Anpassung der Kreditverpflichtungen an die Ressourcenlage der Haushalte zu erfolgen. Dies deutet auf einen sorgfältigen und umsichtigen Umgang ostdeutscher Haushalte mit Kreditaufnahmen hin und kann als Ausdruck längerfristiger Haushaltsplanung interpretiert werden. Aber dies schließt nicht aus, daß auch in unserer Stichprobe einige Haushalte als "überschuldet" einzuordnen sind. Insgesamt handelt es sich bei diesen aber um Ausnahmen.

Tabelle 3: Individuelle Merkmale und kumulierte Dauer der Arbeitslosigkeit (Personen der Primärgeneration)

	nie arbeitslos	bis 9 Monate arbeitslos	10 bis 24 Monate arbeitslos	24 bis 36 Monate arbeitslos	über 36 Monate arbeitslos
	in Prozent				
Insgesamt	52	15	13	8	12
Geschlecht					
Männer	57	17	11	6	9
Frauen	47	13	14	10	16
Ausbildungsabschluß					
Ohne Abschluß	47	11	13	8	22
Facharbeiter	45	16	14	12	13
Hochschul-, Ingenieur-, Fachschulabschluß	65	13	12	1	9
Sonstiger Berufsabschluß	61	17	11	6	6
Alter					
unter 30 Jahren	54	19	13	9	6
30 bis unter 40 Jahre	52	15	11	11	11
40 bis unter 50 Jahre	47	23	16	3	11
über 50 Jahre	54	9	13	9	15
Aktueller Erwerbsstatus					
erwerbstätig	68	18	10	3	2
arbeitslos	0	20	24	19	37
nichterwerbstätig	43	5	3	19	30
Rente/ Vorruhestand	71	1	12	7	9
Subjektive Bilanz					
positiv	71	15	6	3	5
gleichbleibend	52	16	14	9	10
ambivalent	47	18	17	5	13
negativ	35	11	16	15	22
Fallzahl	372	104	90	57	86

Datenbasis: HHB96

Nun könnte man einwenden, daß es sich bei den hier betrachteten Angaben zum Erwerbsstatus und zur Haushaltssituation um Momentaufnahmen handelt. Das Leben verläuft aber auch in stabilen Zeiten und erst recht in den bewegten Zeiten der Transformation nur selten geradlinig. Daher sollen Angaben zu Arbeitslosigkeit der Primärgeneration seit 1990 (Tabelle 3) als einem Indikator mit Zeitperspektive und als für die Haushaltssituation in der Vergangenheit besonders risikoreiche Phase in die Analyse einbezogen werden. Dabei setzt die Analyse auf der Individualebene der Personen der Primärgeneration an. Es wird danach gefragt, welche Personen der Primärgeneratio-

nen der untersuchten Haushalte seit 1990 von Arbeitslosigkeit betroffen waren und wie lange. Die Monate aller Arbeitslosigkeitsphasen der befragten Brandenburger wurden aufsummiert und als Gesamtdauer ausgewiesen.

Untersuchungen zu Erwerbsverläufen beruflicher Mobilität im Transformationsprozeß haben gezeigt, daß es trotz der großen Anfangsdynamik des Arbeitsmarktes bis 1994 etwa zwei Dritteln der Erwerbstätigen von 1990 gelungen ist, kontinuierlich im Beschäftigungssystem zu verbleiben. Nach diesen Untersuchungen kam es zu einem schnellen Schließungsprozeß auf dem Arbeitsmarkt, der zur Verdrängung vor allem der Älteren und unterer Statusgruppen aus dem Arbeitsmarkt führte (vgl. Berger/Bulmahn/Hinrichs 1996; Mathwig/Habich 1997; Schenk 1996). So spricht Schenk von insgesamt nur 18% der 24 bis 50jährigen des Jahres 1990, die ihre Beschäftigung bis 1994 aufgrund einmaliger oder mehrmaliger Arbeitslosigkeit unterbrechen mußten (vgl. Schenk 1996: 168). Der Anteil von etwas mehr als 50% der Brandenburger aus unserer Befragung, die seit 1990 nie arbeitslos waren, ist also im Vergleich zu Ostdeutschland insgesamt eher niedrig. In Brandenburg kann man demnach von einer besonders tiefgreifenden Arbeitsmarktkrise sprechen. Auf die schlechten Arbeitsmarktchancen der Frauen wurde bereits hingewiesen. In den vorliegenden Analysen kommt das sowohl in dem niedrigeren Anteil von Frauen unter den Personen, die nie arbeitslos waren, als auch in den höheren Anteilen von Frauen unter den Langzeitarbeitslosen zum Ausdruck.

Untersuchungen der Arbeitsmarktforschung haben gezeigt, daß Frauen in Ostdeutschland zwar nicht grundsätzlich häufiger entlassen werden, daß es ihnen aber im Vergleich zu männlichen Arbeitslosen sehr viel schwerer fällt, wieder eine Beschäftigung zu finden, wenn sie einmal aus dem Erwerbsleben herausgefallen sind (vgl. Mohr 1993; vgl. Berger/Bulmahn/Hinrichs 1996).

Da die Arbeitsmarkteinbrüche in Brandenburg im industriellen Bereich und besonders in der eher krisenbehafteten Metallbranche erfolgten, sind Facharbeiter und Ungelernte in den letzten Jahren überproportional oft und lange arbeitslos gewesen. Unter den Personen ohne Berufsabschluß ist nach der Gruppe ohne Arbeitslosigkeit, die Gruppe der Langzeitarbeitslosen mit mehr als 36 Monaten Arbeitslosigkeit am größten. Unter den Personen mit höheren beruflichen Abschlüssen waren dagegen 65% nie von Arbeitslosigkeit betroffen und weitere 13% blicken auf nur kurze Arbeitslosigkeitsphasen zurück. Der positive Effekt, den das Ausbildungsniveau auf die Arbeitsmarktchancen hat, ist demnach auch in Brandenburg eindeutig.

Die Altersverteilung macht einen weiteren, für Gesamtdeutschland bekannten Effekt am Arbeitsmarkt deutlich. Die Arbeitslosigkeitsphasen werden mit dem Alter der Personen länger, besonders in der Gruppe der 40 bis 50jährigen und unter den über 50jährigen. Aber auch in Brandenburg gelang einem beträchtlichen Teil aus dieser Altersgruppe offensichtlich der sofortige Übergang in den Vorruhestand, so daß von den befragten Ruheständlern 71% nie arbeitslos waren. Dieser Weg aus dem Beschäftigungssystem in den vorgezogenen Ruhestand ist ein für Ostdeutschland typisches Transformationsphänomen. Von den Erwerbspersonen des Jahres 1989 haben etwa eine Million der damals über 55jährigen diese Möglichkeit genutzt (Schenk 1996:164). Einige der Langzeitarbeitslosen haben sich vom Arbeitsmarkt ganz zurückgezogen und sind heute nichterwerbstätig. Das betrifft insbesondere Frauen. Aber auch unter den im September 1996 aktuell Arbeitslosen blicken mit einem Anteil von 37% erschreckend viele auf Arbeitslosigkeitsphasen mit einer Gesamtdauer von mehr als 36 Monaten zurück.

Die zeitliche Perspektive der Arbeitslosigkeitsphasen in den Haushalten spiegelt sich in der subjektiven Bewertung der Haushaltssituation wider, in der auch diese vergangenen Höhen und Tiefen des Lebensverlaufs mit bewertet werden. Entsprechend hoch sind die Anteile der positiven Bewertungen in der Gruppe derer, die nie mit Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden. Eine lange

Arbeitslosigkeit, d.h. in der Summe über 24 Monate, kommt für die Betroffenen auch in einer negativen subjektiven Bilanz für den Gesamthaushalt zum Ausdruck. Überraschenderweise gibt es aber auch unter den längere Zeit Arbeitslosen positive Bilanzen. Offenbar überlagern hier positive Haushaltseignisse die negativen Effekte der Arbeitslosigkeitserfahrungen. Auch für eine negative Haushaltsbilanz ist eine lange Arbeitslosigkeit nicht unbedingt der einzige, aber dennoch ein wichtiger Erklärungsansatz.

## 4.2 Subjektive Bewertung der Haushaltssituation

Um ein detaillierteres Bild von der subjektiven Bewertung der Haushaltssituationen zu bekommen, werden in Tabelle 5 die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und dem Lebensstandard sowie die subjektiven Entwicklungsbilanzen näher betrachtet. Zu Beginn sollen die subjektiven Wertungen für Gruppen mit unterschiedlichen Erwerbsverläufen der Personen der Primärgeneration betrachtet werden, um die bisherige Argumentationslinie des starken Einflusses der Erwerbsbeteiligung auf die Haushaltssituation zu untermauern (vgl. Tabelle 4).

Für den aktuellen Erwerbsstatus im September 1996 läßt sich selbstredend bei den Arbeitslosen die größte Häufung an Unzufriedenheit nachweisen, sowohl bezüglich des Haushaltseinkommens als auch bezüglich des Lebensstandards, und bei den Erwerbstätigen die geringste Häufung.

Die Unzufriedenheit findet seine Entsprechung in den Anteilen derer, die für die vergangenen Jahre eine negative Haushaltsbilanz ziehen. Darüber hinaus sinken die Zufriedenheiten mit der Dauer der Arbeitslosigkeit. Die in die Befragung einbezogenen, eher jüngeren Rentner und Vorruheständler hingegen kommen zu durchschnittlichen Einschätzungen. Besonders positive Wertungen lassen sich bei Personen erkennen, die für sich seit 1990 einen beruflichen Aufstieg wahrnehmen konnten.

Subjektive Bilanzen werden folglich einerseits durch die realen Veränderungen der letzten Jahre bestimmt, könnten aber zugleich Ausdruck von politischen Einstellungen zu marktwirtschaftlichen Prinzipien sein. Dies soll anhand zweier Einstellungsindikatoren überprüft werden, die eher marktwirtschaftlich orientierte, "neue" bzw. eher planwirtschaftlich orientierte, "alte" Einstellungen zum Ausdruck bringen (vgl. Seifert/Rose 1994). Zu fragen ist, ob "kollektive" längerfristige Prägungen der planwirtschaftlichen Vergangenheit bei allen nachwirken und somit keinen differierenden Einfluß auf subjektive Bewertungen haben. Den Brandenburgern wurden dazu jeweils Gegensatzpaare von Aussagen zur Einkommensverteilung sowie zur sozialen Absicherung im Leben vorgelegt, und sie hatten zu entscheiden, welcher Ansicht sie eher zustimmen. Im Wortlaut wurde zur Einkommensverteilung vorgegeben: "Die Einkommen sollten allgemein mehr angeglichen werden" oder "Die Höhe des Einkommens sollte von der persönlichen Leistung abhängen".

Die Items "Die Menschen sollten für sich und ihr Fortkommen selbst verantwortlich sein" oder "Der Staat sollte für die materielle Mindestsicherung seiner Bürger verantwortlich sein" bildeten das zweite Gegensatzpaar. Die Unterschiede zwischen den Zufriedenheitsniveaus der betrachteten Gruppen sind hier nicht so deutlich wie in bezug auf den Erwerbsstatus. Dennoch überwiegen unter den eher egalitär Orientierten und jenen mit Forderungen nach staatlicher Mindestsicherung die

Tabelle 4: Subjektive Bewertungen der Haushaltssituation (Personen der Primärgeneration)

	Zufriedenheit mit dem Einkommen <sup>1</sup>		Zufriedenheit mit dem Lebensstandard <sup>1</sup>		Subjektive Bilanz (Angaben der	
	Ø	Unzufriedene <sup>2</sup>	Ø	Unzufriedene <sup>2</sup>	positiv	negativ
Insgesamt	4,5	45	5,1	30	26	25
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	5,1	35	5,8	18	34	15
Rente/ Vorruhestand	4,9	38	5,1	34	26	30
nichterwerbstätig	3,6	55	4,4	40	21	32
arbeitslos	2,9	72	3,7	53	9	46
Erwerbsverlauf						
beruflicher Aufstieg	5,7	25	6,2	16	45	6
beruflicher Abstieg	3,2	65	4,0	52	10	41
Arbeitslosigkeitsdauer <sup>3</sup>						
nie arbeitslos	5,3	31	5,7	19	37	17
bis 9 Monate arbeitslos	4,5	48	5,5	24	27	19
10 bis 23 Monate arbeitslos	3,8	61	4,4	41	12	31
24 bis 35 Monate arbeitslos	3,0	65	3,8	51	9	47
über 36 Monate arbeitslos	2,8	72	3,7	56	12	45
Gegensatz 1						
Einkommen angleichen	3,9	53	4,6	39	23	33
Einkommen nach Leistung	4,8	40	5,5	26	29	21
Gegensatz 2						
jeder selbst verantwortlich	5,2	37	5,6	26	35	12
staatliche Mindestsicherung	4,3	47	5,0	31	25	28

1 Skala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 « ganz und gar zufrieden.

2 Anteile der Personen mit Wertungen von 0 bis 4.

3 Summe der Monate der Arbeitslosigkeit

Datenbasis: HHB96

Unzufriedenen. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, daß es sich hier um die im Erwerbsleben eher Benachteiligten handelt. Die Befragten mit eher marktwirtschaftlich orientierten Einstellungen zur Selbstverantwortung des einzelnen liegen in ihren Wertungen hingegen über dem Durchschnitt. Mit dem Horizont einer für sich selbst als erfolgreich definierten Integration in das neue Gesellschaftssystem fällt es leichter, sich von normativen Prämissen der Vergangenheit zu lösen. Das zeigt ein Blick auf die subjektiven Bilanzen der Haushaltssituation. Insgesamt gesehen wirken demnach die Ereignisse im Erwerbsverlauf stärker als die Einstellungen der Befragten auf die subjektiven sowohl aktuellen als auch Verlaufsbewertungen. Aber die Einstellungen zur Marktwirtschaft werden durch negative bzw. positive Bewältigungserfahrungen während der Transformationsjahre überlagert.



## 5 Der Haushalt als Akteur

### 5.1 Der Haushalt als Lebens- und Wirtschaftseinheit

Dem Untersuchungsansatz liegt eine Unterscheidung von gewinnorientierten und verlustvermeidenden Strategien der Lebensgestaltung zugrunde. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen also Aktivitäten, die auf in diesem Sinne strategiebestimmten gemeinsamen Haushaltsentscheidungen beruhen. Will man den Haushalt als Akteur bzw. als handelnde Einheit betrachten, stellt sich die Frage, inwieweit es sich bei den betrachteten Haushalten wirklich um Lebens- und darüber hinaus Wirtschaftseinheiten handelt. Ist davon auszugehen, daß Haushalte als gemeinsame Akteure auftreten, oder ist die Annahme gemeinschaftlichen Handelns der Haushaltsmitglieder unter gemeinschaftlichen Zielprämissen eher eine "Idealvorstellung"? Es ist folglich zu prüfen, ob Abstimmungs-, Entscheidungs- und Allokationsverfahren durch die Haushaltsmitglieder wirklich praktiziert werden. Kommt es in den Haushalten zumindest unter der Primärgeneration zum Abwägen von Haushaltszielen und verfügbaren Ressourcen bzw. Restriktionen und darauf aufbauend zu gemeinsamen Entscheidungen? In der Befragung wurde dazu eine Reihe von Indikatoren erhoben, von denen einige in Tabelle 5 näher betrachtet werden. So wurde die Bezugsperson gefragt: "Was würden Sie sagen, gibt es in Ihrem Haushalt eine finanzielle Haushaltsplanung, also führen Sie z.B. ein Haushaltsbuch oder planen Sie, wofür und wieviel Geld Sie monatlich ausgeben?" Es wurde ebenfalls danach gefragt, ob Aufgaben und Entscheidungen, die mehr oder weniger alle Haushaltsmitglieder betreffen, besprochen werden und ob aus einer gemeinsamen Haushaltskasse gewirtschaftet wird. Auf der Basis dieser Indikatoren und der subjektiven Bewertung der Haushaltsführung soll für verschiedene Gruppen empirisch überprüft werden, ob die Voraussetzung des gemeinschaftlichen Handelns in den untersuchten Brandenburger Haushalten gegeben ist.

Die gleichförmigen Antwortmuster in allen betrachteten Gruppen ist insbesondere für die beiden Indikatoren in den ersten Spalten auffällig. Lediglich in 5% der Haushalte gibt es keine gemeinsame Haushaltskasse, in die die Einkommen beider Partner der Primärgeneration fließen und dies, obwohl auch unverheiratete Paare und Partner ohne Kinder als Haushaltseinheit berücksichtigt wurden.

Auch gemeinschaftliche Haushaltsentscheidungen der Primärgeneration sind ohne maßgebliche Unterschiede zwischen den betrachteten Gruppen die Regel in den Brandenburger Haushalten. Die explizite Haushaltsplanung z.B. mittels eines Haushaltsbuchs hingegen ist nicht ganz so weit verbreitet. Lediglich 29% aller Brandenburger Haushalte planen regelmäßig ihre monatlichen Ausgaben. Grob lassen sich zwei Effekte ausmachen: zum einen steigen die Planungsaufwendungen mit dem Umfang der verfügbaren Ressourcen (Haushalte mit höherer Bildung) und zum anderen mit der Notwendigkeit einer eher sparsamen Lebensführung aufgrund eingeschränkter Verfügbarkeit über Ressourcen (Alleinerziehende, arbeitslose Partnerhaushalte).



Tabelle 5: Das Haushaltsmanagement

	Gemein- same Haushalts- kasse <sup>1</sup>	Besprechung von Haushalts- entscheidungen		Haushaltsplanung (Haushaltsbuch)		Haushaltsführung	
		ja, immer	oft	regel- mäßig	ge- legent- lich	eher spar- sam <sup>2</sup>	eher groß- zügig <sup>3</sup>
in Prozent							
Insgesamt	95	70	27	29	26	58	12
Haushaltsstruktur							
Einpersonenhaushalt	-	-	-	23	14	71	7
Alleinerziehende	-	-	-	30	35	65	9
Partnerhaushalte ohne Kinder	93	74	24	28	30	61	8
Haushalte mit Kindern:	96	68	30	32	25	51	17
darunter:							
mit 1 Kind	93	66	31	29	28	53	18
mit 2 und mehr Kinder	100	70	29	35	23	49	15
Erwerbsbeteiligung der Primärgeneration							
alleinlebend, -erziehend/	-	-	-	36	16	48	19
erwerbstätig alleinlebend, -	-	-	-	18	27	88	0
erziehend/							
arbeitslos							
mindestens 1 Partner	100	74	24	18	38	39	15
erwerbstätig							
beide arbeitslos	94	69	26	37	23	77	6
beide erwerbstätig	94	69	30	29	25	37	21
Bildung der Primärgeneration							
ohne bzw.	100	72	25	24	25	76	3
Hauptschulabschluß							
mindestens 1 Partner	94	70	27	30	25	51	14
Realschulabschluß							
mindestens 1 Partner Abitur	92	70	29	33	31	51	20

1 Das Einkommen beider Partner der Primärgeneration fließt in die Haushaltskasse.

2 Werte 0 bis 4 auf einer Skala von 0 sehr sparsam bis 10 sehr großzügig.

3 Werte 6 bis 10 auf einer Skala von 0 sehr sparsam bis 10 sehr großzügig.

Datenbasis: HHB96

Alles in allem bewertet mehr als die Hälfte der Brandenburger ihre Haushaltsführung als eher sparsam. Am sparsamsten leben nach eigenen Aussagen die reinen Arbeitslosenhaushalte, Haushalte mit niedrigem Bildungsniveau und Alleinstehende, also ihrer Ressourcenlage durchaus angepaßt. Dies findet sein Komplement in den vergleichsweise höheren Anteilen von Erwerbstätigen-Haushalten und Haushalten

mit höherem Bildungsniveau, die ihre Haushaltsführung als eher großzügig bewerten. Überraschenderweise ist unter den Haushalten mit Kindern ebenfalls ein beträchtlicher Anteil, der die eigene Haushaltsführung als eher großzügig einschätzt.

Insgesamt konnte also die Annahme einer gemeinsamen und abgestimmten Haushaltsführung zwischen den Lebenspartnern anschaulich bestätigt werden, so daß eine Absprache und Planung von wichtigen Haushaltsentscheidungen und von Aktivitäten, die alle Haushaltsmitglieder betreffen, vorausgesetzt werden kann.

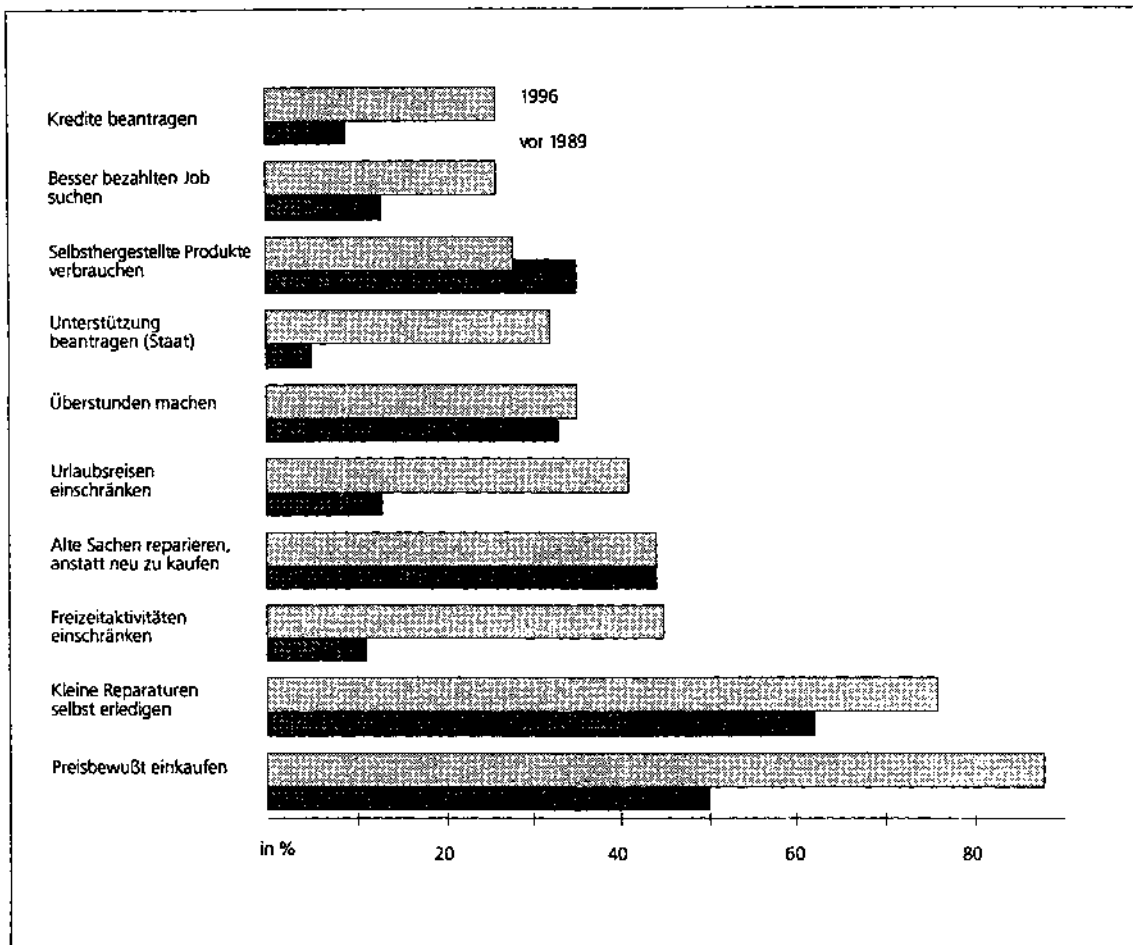
## 5.2 Haushaltsaktivitäten und Haushalten

Ausgehend von den Basisinformationen zu den Lebensbedingungen der Haushalte, der subjektiven Bewertung der Haushaltssituation und unter Annahme eines gemeinschaftlichen Haushaltes der Primärgeneration wendet sich die Analyse nun einer Beschreibung von Aktivitätspotentialen und Mustern der Alltagsbewältigung zu. An dieser Stelle werden nur grundlegende Verteilungen und eine Betrachtung der unterschiedlichen Aktivitäten vor dem Hintergrund ausgewählter Haushaltsmerkmale und der subjektiven Haushaltsbilanzen behandelt. Es werden jeweils Extremgruppen bezüglich des Haushaltseinkommens, des aktuellen Erwerbsstatus und der Bildung der Primärgeneration sowie bezüglich der subjektiven Haushaltsbilanz betrachtet, um die Verbreitung der jeweiligen Aktivitäten in eher benachteiligten versus eher begünstigten Haushalten gegenüberzustellen.

Abbildung 5 vermittelt einen ersten Eindruck über in den Haushalten präferierte Haushalts- bzw. Coping - Aktivitäten, also Aktivitäten, die genutzt werden, um finanzielle Engpässe im Haushaltsbudget auch kurzfristig auszugleichen. Es wurde aktuell und retrospektiv die folgende Frage gestellt: "Um das Haushaltseinkommen aufzubessern bzw. mit dem, was man hat, besser auszukommen, gibt es unterschiedliche Wege. Welche der folgenden Möglichkeiten haben Sie vor 1989 in Ihrem Haushalt genutzt und welche (Möglichkeiten) nutzen Sie heute?" Die Abbildung stellt die Aktivitätsmuster vor 1989 im Vergleich zu 1996 gegenüber. Es sind nur die zehn für 1996 am häufigsten genannten Aktivitäten dargestellt.

Fast alle Aktivitäten werden für heute häufiger genannt als für die Situation vor 1989. Eine Ausnahme bildet lediglich das Item "Selbsthergestellte Produkte verbrauchen". Es handelt sich hier offensichtlich um Aktivitäten, die in DDR-Zeiten in erster Linie für den Ausgleich des permanenten Mangels an Konsumgütern dienten. Aufgrund der anderen Preisrelationen vor 1989 konnten auf diesem Wege auch Spareffekte für die Haushalte erreicht werden, die so heute nicht mehr möglich sind. Diese Aspekte haben 1996 an Bedeutung verloren. Der schon vor 1989 wichtige Stellenwert von anderen Eigenarbeiten, wie kleinere Reparaturen von Haushaltsgegenständen oder auch Reparaturen in der Wohnung oder am Haus, hingegen hat sich für die Haushalte sogar noch erhöht. Aufgrund der geringen Möglichkeiten und des niedrigen, meist subventionierten Preisniveaus z.B. kultureller Veranstaltungen waren Einschränkungen in den Freizeitaktivitäten oder bei Urlaubsreisen vor 1989 eher selten. Auch auf staatliche Unterstützungsmaßnahmen wurde nur selten zurückgegriffen.

Abbildung 5: Haushaltsaktivitäten vor 1989 und 1996



Datenbasis: HHB96

Tabelle 6 ermöglicht eine detailliertere Betrachtung der Aktivitätsprofile unterschiedlicher Haushalte. Die Aktivitäten sind nach der Häufigkeit ihrer Nennung geordnet. Von allen Haushalten bevorzugt werden die direkt und jederzeit beeinflussbaren internen Aktivitäten eines sparsameren Umgangs mit den vorhandenen Haushaltsressourcen durch preisbewußtes Einkaufen und den Werterhalt von bereits Vorhandenem. Auch heute werden kleinere Reparaturen von der Mehrzahl der Haushalte selbst erledigt bzw. Haushaltsgegenstände erst einmal repariert, bevor etwas Neues gekauft wird, und das insbesondere in Haushalten mit kleinem Einkommensbudget und in

Tabelle 6: Haushaltsaktivitäten 1996 nach ausgewählten Haushaltsmerkmalen

	Alle Haushalte		Einkommensquintil		Bildung der Primär-generation		Erwerbsstatus der Primär-generation		Subjektive Bilanz	
	vor 1989	1996	unterstes	oberstes	ohne/Hauptschule	mind. ein Partnerabitur	beide arbeitslos	beide erwerbstätig	negativ	positiv
in Prozent										
Preisbewußt einkaufen	50	88	96	89	85	89	93	86	89	83
Kleine Reparaturen in der Wohnung, im Haus selbst erledigen	62	76	74	68	65	84	87	82	75	78
Ausgaben für Freizeitaktivitäten einschränken	11	45	73	26	47	48	57	37	59	31
Alte Sachen reparieren, anstatt neu zu kaufen	44	44	44	15	40	46	55	38	48	38
Ausgaben für Urlaubsreisen einschränken	13	41	69	21	42	35	51	32	57	30
Überstunden machen	33	35	20	36	12	41	-	57	22	43
Unterstützung beantragen (Staat)	5	32	33	19	28	35	44	28	35	27
Selbsthergestellte Produkte verbrauchen	35	28	18	26	30	27	31	30	32	29
Besser bezahlten Job suchen	13	26	24	21	10	24	32	31	20	25
Kredite beantragen	9	26	13	21	8	31	30	35	19	34
Nebenjob suchen, um mehr Geld zu verdienen	11	24	22	26	12	35	31	28	19	20
Kleidung selbst nähen/stricken	28	22	22	17	31	18	22	18	23	22
Geld von Familie leihen	5	6	9	2	3	9	7	8	6	9
Etwas vom Familienbesitz verkaufen	1	3	0	6	4	3	5	3	3	4
Durchschnittliche Anzahl genannter Aktivitäten	3,2	5,0	5,2	3,9	4,2	5,3	5,8	5,1	5,1	4,7

Datenbasis: HHB96

Arbeitslosenhaushalten. Gerade für diese Haushalte besteht die Notwendigkeit eines sparsamen Umgangs mit ihren knappen Ressourcen, und zugleich haben sie auch ausreichend Zeit, um diese Arbeiten durchzuführen.

Aber auch eine Einschränkung im Konsum ist in einer Reihe der Haushalte Bestandteil der Alltagsbewältigung, wobei hier die auffälligsten Unterschiede zwischen den betrachteten Teilgruppen erkennbar sind. Mit der Verschlechterung des Einkommens, der Bildung und der Haushaltsbilanz nehmen die Häufigkeiten der Nennung solcher Einschränkungen zu. Aus den bisherigen

Tabelle 7: Muster der Haushaltsführung

	Einkommens- quintil			Bildung der Primär- generation		Erwerbsstatus der Primär- generation		subjektive Bilanz	
	Insg.	un- terstes	ober- stes	ohne /HS	Abi- tur	beide arbl.	beide erw.	nega- tiv	positiv
	in Prozent								
Haltbare und praktische Dinge kaufen	96	98	100	96	99	97	98	94	96
Sparsam mit Strom/ Wasser/ Heizung umgehen	96	100	87	98	91	95	93	98	93
Preise vergleichen	95	100	92	96	92	98	92	96	91
Sonderangebote nutzen	84	93	81	87	78	90	77	86	79
Auf Qualität statt auf den Preis achten	64	42	92	41	86	58	80	46	79
Markenware kaufen	35	11	47	21	55	21	45	18	51
Modische Dinge kaufen	34	22	53	17	55	23	50	20	46
In größeren Mengen, dadurch billiger kaufen	30	27	15	34	21	35	28	33	17

Datenbasis: HHB96

Analysen ist bekannt, daß diese Haushalte auch bezüglich ihrer Ressourcenlage kaum in der Lage sind, kostenaufwendige Urlaubsreisen oder Freizeitbeschäftigungen zu finanzieren. Die Aktivitäten weisen eher auf verlustvermeidende, anpassende Haushaltsstrategien der betreffenden Haushalte hin.

Stark zugenommen haben 1996 die gewinnorientierten, externen Aktivitäten, die erst unter marktwirtschaftlichen Bedingungen größere Effekte für das Haushalten ermöglichen. Diese Aktivitäten sind unter Haushalten mit günstigerer Haushaltssituation, z.B. unter Besserverdienenden und Haushalten mit höheren Bildungsabschlüssen weit verbreitet. So sind in diesen Haushalten Überstunden, Kreditaufnahmen und die Suche nach Nebenjobs besonders häufig. Wobei hier offen bleibt, ob die Suche nach einem Nebenjob erfolgreich war oder ist. Hier handelt es sich oft um Erwerbstätigenhaushalte, die auf diesem Wege zusätzliche Mittel erschließen. Entsprechend höher ist der Anteil dieser aktiven Haushalte unter den Haushalten mit positiver Entwicklungsbilanz. Mit Blick auf die hohe Arbeitslosenrate ist es nicht überraschend, daß die Beantragung staatlicher Unterstützung heute immerhin von fast einem Drittel der Haushalte genannt wird. Der Rückgriff auf Familienbesitz und -vermögen hingegen kommt eher selten vor.

Betrachtet man die Kumulation der von den einzelnen Haushalten genannten Aktivitäten, fällt auf, daß für 1989 im Durchschnitt pro Haushalt nur 3,2 Items, für 1996 schon durchschnittlich 5,0 angegeben werden. Viele Haushalte wenden also 1996 mehr Aktivitäten als noch 1989 gleichzeitig an. Bei den relativ schlechtergestellten Haushalten liegt dieser Wert über dem Gesamtdurchschnitt, d.h. die Haushalte versuchen auf vielfältige Weise, die zeitweiligen oder dauerhaften Defizite ihrer

Tabelle 8: Arbeitsmarktaktivitäten (nur Personen mit Arbeitslosigkeitsphasen)

	Insgesamt	Einkommensquintil		aktueller Erwerbsstatus		mehr als 24 M. arbeitslos	subjektive Bilanz	
		unterstes	oberstes	arbl.	erw.		negativ	positiv
in Prozent								
Vermittlung des Arbeitsamtes	78	85	75	89	70	82	85	74
Bewerbung auf Zeitungsanzeigen	47	62	41	55	44	52	47	41
Über Bekannte, Freunde, Verwandte	45	47	53	56	39	50	53	43
Persönlich vorgesprochen	44	47	41	47	50	42	44	44
Über Kollegen	37	33	25	51	35	44	49	28
Schriftliche Blindbewerbung	27	30	25	30	27	33	25	26
Wurde angesprochen	5	3	6	2	10	1	3	11
Selbständig gern acht	3	0	3	1	5	1	2	6
Fachvermittlung	2	2	0	1	3	1	1	2
Durchschnittliche Anzahl genannter Möglichkeiten	2,9	3,1	2,7	3,2	2,8	3,1	3,1	2,7

Datenbasis: HHB96

Ressourcenlage aufzufangen. Eine Ausnahme bilden die Haushalte mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Offenbar sind diese Haushalte im geringeren Umfang in der Lage, vielfältigere Aktivitätspotentiale zu erschließen.

Die in Tabelle 7 erfassten Verhaltensweisen machen im Gegensatz zu Tabelle 6 auf mehr dauerhafte Muster der Haushaltsführung aufmerksam. Sie stehen also nicht notwendigerweise in direktem Zusammenhang mit der aktuellen Haushaltssituation. Auch hier wurden die Aktivitäten nach der Häufigkeit ihrer Nennung geordnet.

Die Präferenzen der Haushalte liegen wiederum bei den Merkmalen sparsamer Haushaltsführung. Ohne große Unterschiede kaufen fast alle Haushalte vorwiegend haltbare und praktische Dinge, achten auf sparsamen Umgang mit Strom, Wasser oder Heizung, und vergleichen beim Einkaufen die Preise. Im Einkaufsverhalten hingegen lassen sich direkte Effekte der Haushaltssituation erkennen. So können die Haushalte, die keine größeren Umstellungsprobleme hatten, in der Regel im Erwerbsleben verblieben sind und in der Mehrzahl über vergleichsweise höhere Einkommen verfügen und somit die Entwicklung ihrer Haushaltssituation positiv beurteilen, großzügiger an die Haushaltsführung herangehen. Sie können die neuen Möglichkeiten des Massenkonsums wahrnehmen. Sie kaufen eher Markenware oder modische Dinge und achten auf die Qualität statt auf den Preis.

Die Haushalte mit negativer Bilanz, die Haushalte mit Arbeitslosen auch Dauerarbeitslosen, Haushalte mit eher unterdurchschnittlichen Einkommen und niedrigeren Bildungsabschlüssen nutzen eher Sonderangebote, und sie kaufen in großen Mengen und dadurch billiger ein. Da es sich um dauerhaftere Muster handelt, sind die Unterschiede zwischen den betrachteten Gruppen deutlicher als in Tabelle 6.

Von besonderem Interesse in der Situation der Arbeitsmarktkrise ist, welche Aktivitäten durch die Haushaltsmitglieder unternommen werden oder wurden, um bei Arbeitslosigkeit wieder eine Erwerbstätigkeit zu finden. Zum Abschluß sollen daher unterschiedliche Wege der Arbeitssuche betrachtet werden. Für diese Betrachtung wechseln wir erneut von der Haushaltsebene auf die Ebene der Personen der Primärgeneration. Die seit 1990 mindestens einmal arbeitslosen Brandenburger der Stichprobe wurden nach den von ihnen genutzten Möglichkeiten der Arbeitssuche während der Arbeitslosigkeitsphasen gefragt, wobei Mehrfachantworten möglich waren (vgl. Tabelle 8). Auch hier muss offen bleiben, ob die jeweiligen Versuche erfolgreich waren oder nicht bzw. ob sie mehrfach genutzt wurden. Es geht vielmehr um die Häufigkeit der Nennung einzelner Möglichkeiten und um die Kumulation verschiedener Aktivitäten.

Fast alle, die auch weiterhin einen Arbeitsplatz suchten, haben sich an die Vermittlung des Arbeitsamtes gewendet, den Hauptweg der Arbeitssuche in Ostdeutschland. Nur in Ausnahmefällen wurde der Weg über die Fachvermittlung genutzt. Auch der risikoreiche Weg in die Selbständigkeit ist erwartungsgemäß eine Ausnahme, der nur von sehr wenigen gewagt wurde. Etwa die Hälfte der ehemals bzw. aktuell Arbeitslosen hingegen haben sich auf Ausschreibungen in Zeitungen beworben. Besonders weit verbreitet ist diese Vorgehensweise unter den Einkommensschwachen. Unter den Personen mit höherem Haushaltseinkommen ist die Suche über persönliche Netzwerke deutlicher ausgeprägt. Ein nicht unerheblicher Anteil unter den Arbeitslosen versuchte, den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt über Kollegen und durch persönliches Vorsprechen zu realisieren. Besonders derzeit Arbeitslose und Personen mit langer Arbeitslosigkeitserfahrung bemühten sich, ihren ehemaligen Kollegenkreis zu aktivieren.

Im ganzen ist mit durchschnittlich 2,9 Nennungen eine relativ geringe Kumulation der erfragten Möglichkeiten der Arbeitssuche zu bemerken. Darüber hinaus hätte man erwarten können, daß gerade Personen, die bisherige Entwicklung des eigenen Haushaltes negativ bewerten, resignativ reagieren und in ihren Bemühungen am Arbeitsmarkt nachlassen. Dies kann nicht bestätigt werden. Sie liegen in der Anzahl der genannten Möglichkeiten der Arbeitssuche sogar über dem Durchschnitt. Alles in allem sind die Rangfolgen der Häufigkeiten der gewählten Wege in allen betrachteten Teilgruppen recht ähnlich, wobei das Niveau der eher benachteiligten Gruppen in der Regel etwas höher ist.

## Fazit

Nach den radikalen Veränderungen in den Lebensverhältnissen seit der Vereinigung 1990 mußten sich alle ostdeutschen Haushalte auf die neuen Entscheidungs- und Handlungsspielräume der Lebensgestaltung einstellen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die gesellschaftlichen Veränderungen für die Haushalte wieder abwägbar und ermöglichen eine Haushaltsführung auch mit einem größeren zeitlichen Horizont. Die Annahme einer gemeinsamen Haushaltsführung, eine Absprache und Planung von wichtigen Entscheidungen und von Aktivitäten im Haushalt und damit ein abgestimmtes Haushaltsmanagement zwischen den Lebenspartnern konnte durch die vorliegenden Analysen empirisch bestätigt werden. Darüber hinaus zeigte sich, daß bestimmte Ressourcen der ostdeutschen Haushalte für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung, Haushaltsführung und -planung auch mit einem Zeitvorlauf von Vorteil sind: so die noch immer vorhandenen hohen Anteile von Zwei-Verdiener-Haushalten und das weiterhin intensiv genutzte Netz der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Der Stellenwert der Haushaltsaktivitäten zur Alltagsbewältigung hat 1996 im Vergleich zu 1989 in den Brandenburger Haushalten zugenommen. Die Mehrzahl der Aktivitäten werden häufiger genannt und viele Haushalte wenden 1996 mehr Aktivitäten als noch 1989 gleichzeitig an. Die Analysen haben nachgewiesen, daß ein Zusammenhang zwischen den im Haushalt verfügbaren Ressourcen und den präferierten Aktivitäten besteht. Haushalte in eher benachteiligten Lebenslagen, mit knappen Haushaltsressourcen zeigen durchaus ein größeres Bestreben, ihre Situation auch über unterschiedliche Wege zu verbessern. Besondere Bemühungen richten sich dabei auf den Arbeitsmarkt, indem auf verschiedensten Wegen versucht wird, wieder in die Erwerbstätigkeit einzusteigen. Es zeigt sich aber auch, daß gerade diese Haushalte eher auf verlustvermeidende Aktivitäten zugreifen müssen, also Anpassungsleistungen mit Einschränkungen in der Lebensführung erbringen. Haushalte, die in einer günstigeren sozialen Lage sind, können darüber hinaus auch gewinnorientierte Aktivitäten realisieren und somit ihre Ressourcen noch erweitern.



## Literatur

- Berger, Horst, Thomas Bulmahn, Wilhelm Hinrichs 1996: Erwerbsverläufe in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf das Wohlbefinden. In: Dielwald, Martin, Karl Ulrich Mayer, (Hg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Opladen: Leske + Budrich, S. 33-61.
- Berger, Horst, Annett Schultz 1994: Veränderungen der Erwerbssituation in ostdeutschen Privathaushalten und Befindlichkeiten der Menschen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 16, S. 3-15.
- Berger, Horst, Annett Schultz 1996: Die soziale Lage der Haushalte in Ostdeutschland. In: Zapf, Wolfgang, Roland Habich (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin: edition sigma. S. 225-252.
- Berger, Horst, Annett Schultz 1997: Ostdeutsche Privathaushalte im Spannungsfeld von Differenzierung und Integration. In: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Jg. 45, Heft 3/1997. S. 99-109.
- Glatzer, Wolfgang 1994: Haushalten und Gesellschaft. In: Richarz, Irmintraut (Hg.): Haushalten in Geschichte und Gegenwart. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, S. 237-247.
- Heckhausen, Jutta 1994: Entwicklungsziele und Kontrollüberzeugungen Ost- und Westberliner Erwachsener. In: Trommsdorff, Gisela (Hg.): Psychologische Aspekte des sozio-politischen Wandels in Ostdeutschland. Berlin:, S. 124-133.
- Holst, Elke, Jürgen Schupp 1994: Erwerbsbeteiligung in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1993. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Discussion Paper Nr. 90. Berlin.
- Hormuth, Stefan E., Peter Heller 1996: Erwachsene im Transformationsprozeß. In: Hormuth, Stefan E. et al.: Individuelle Entwicklung, Bildung und Berufsverläufe. Bericht 4 der KSPW. Opladen: Leske + Budrich, S. 143-200.
- Huinink, Johannes et al. 1994: Zum Zusammenhang zwischen Kontrollüberzeugungen und Kontrollstrategien ostdeutscher Erwachsener mit deren Lebensverläufen und Wendeerfahrungen. Arbeitsbericht aus dem Projekt Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR. Arbeitspapier des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Berlin.
- Lutz, Burkhard, Hildegard Maria Nickel, Rudi Schmidt, Arndt Sorge (Hg.) 1996: Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Bericht 1. Opladen: Leske+Budrich.
- Mathwig, Gasala, Roland Habich 1997: Berufs- und Einkommensverläufe in Deutschland nach der Vereinigung. In: Hradil, Stefan, Eckart Pankoke (Hg.): Aufstieg für alle? Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern. Band 2.2, Opladen: Leske + Budrich, S. 11-101.
- Mohr, Gisela (Hg.) 1993: Ausgezählt. Theoretische und empirische Beiträge zur Psychologie der Frauenerwerbslosigkeit. Psychologie sozialer Ungleichheit. Band 6. Deutscher Studienverlag. Weinheim 1993.
- Schenk, Sabine 1996: Berufsverläufe und Erwerbsschicksale. In: Lutz, Burkhard, u.a., a.a.O., S. 161-187.
- Schulze Buschoff, Karin 1996: Haushalts- und Erwerbskonstellationen in der Bundesrepublik - Pluralisierung in West und Ost? In: Zapf, Wolfgang, Roland Habich (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin: edition sigma. S. 189-204.
- Schwarzer, Thomas, Kerstin Schweigel 1995: Brandenburg. Industriestadt zwischen Stahlmodell und wirtschaftlicher Vielfalt. In: Vester, Michael, Michael Hofman, Irene Zierke (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Köln: Bund-Verlag. S. 230-288.

- Schweigel, Kerstin, Astrid Segert, Irene Zierke 1992: Alte und neue Ungleichheits-Forschungsansätze. In: Kieselbach, Thomas; Voigt, Peter (Hg.): Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und Bewältigung in der Ex-DDR. Weinheim: Deutscher Studienverlag. S. 183-198.
- Segert, Astrid 1995: Das Traditionelle Arbeitermilieu in Brandenburg. Systematische Prägung und regionale Spezifika. In: Vester, Michael, Michael Hofman, Irene Zierke (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Köln: Bund-Verlag. S. 289-329.
- Seifert, Wolfgang, Richard Rose, 1994: Lebensbedingungen und politische Einstellungen im Transformationsprozeß. Ostdeutschland und Osteuropa im Vergleich. WZB-Paper 94-104.
- Spèder, Zsolt 1990: Haushaltsproduktion und Versorgungsstrategien der Haushalte. Arbeitspapier, Stiftung Der Private Haushalt.
- Statistischer Bericht der Stadt Brandenburg an der Havel 1995. Brandenburg 1995.
- Trommsdorff, Gisela (Hg.) 1994: Psychologische Aspekte des sozio-politischen Wandels in Ostdeutschland. Berlin. New York.
- USUMA 1996: Feldbericht. Projekt Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996. unveröffentlicht.
- Weis, Otto J. 1996: Bürgermeister-Kegeln, ein Sport für Trostlose. In: Frankfurter Rundschau. 11. Dezember 1996.

